

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher M 8538.
Redaktionschluss Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 14

Cöln, den 3. Juli 1915.

III. Jahrgang.

Konzentrierte Tatkraft.

Was versteht man darunter? Das Zusammenfassen verschiedener oder vieler Kräfte zu einem bestimmten Zweck und Ziel. Kein besseres Beispiel dafür gibt es, was konzentrierte Tatkraft zu leisten vermag, als der gegenwärtige Krieg. Da werden Millionen von Menschen zusammengezogen und zu bestimmten Gruppen formiert zu Kompagnien, Bataillonen, Regimentern. Diese werden zu Armeekorps und schließlich zu Armeen gebildet. In der Spitze dieses ganzen gewaltigen Apparates steht der Generalstab. Er ist der Mittelpunkt, um den sich gleichsam alles dreht, bei dem alle Fäden zusammenlaufen, und von dem gleichzeitig alle Betätigung ausstrahlt.

Und wie mit dem organischen, konzentrischen Aufbau des Seerwesens, steht es auch mit seiner aktiven Tätigkeit. Die erforderlichen Kräfte werden zu bestimmter Zeit auf einen bestimmten Punkt gelenkt und zur Wirkung gebracht. Jede Zerstückelung, jede Zersplitterung dieser Kräfte wird sorgsam vermieden; alles vielmehr konzentriert: Konzentrierte Tatkraft!

Von welcher imponierenden Wirkung war im Anfang des Krieges der Aufmarsch unserer Armeen. Wie staunte alle Welt über die siegreichen Ereignisse der ersten Wochen; über das schnelle, unaufhaltbare Vordringen in Belgien und Frankreich, über die Niederwerfung der Russen in Masuren. Und neuerdings wieder über die Verdrängung der Russen aus Galizien, die sich dort nach der wochenlangen Karpathenschlacht schon recht häuslich eingerichtet hatten. Das sind Leistungen von so überwältigender Größe, daß sie unvergänglich bleiben. Es sind Zeichen und Beweise konzentrierter Tatkraft.

Und welche Kraft zeigt sich in den Mitteln des Krieges? Das kleine Gewehrgehörschößchen vermag mehrere Menschen zu durchschlagen. Mit einer Granate werden ganze Häuserreihen in Trümmer gelegt; schwere Forts mit meterdicken Mauern und Betondecken in Schutthaufen verwandelt, gewaltige Stahlpanzertürme auseinandergerissen und fortgeschleudert. Ein einziger Torpedoschuß genügt, um das schwerste und größte Linien Schiff auf den Boden des Meeres zu versenken. Darin aber liegt die ungeheure Wirkung der Gewehrkugel, der Granate, des Torpedos, daß hier große Kräfte auf kleinem Raum zusammengedrängt sind. Die abgeschossene Kugel und Granate, der abgeschossene Torpedo wandern nicht suchend umher, was sie wohl treffen könnten, sondern sie fliegen gerade auf das Ziel los. Nichts vermag sie aus ihrer Flugbahn herauszubringen. Auch die Arbeiterschaft muß ihre Kräfte konzentrieren. Die Kraft eines Einzelnen reicht nicht aus, um das gesteckte

Ziel, die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Hebung der Arbeiterklasse, zu erreichen. Dazu bedarf es der engsten Zusammenfassung aller Kräfte. In der Arbeiterbewegung, vor allem in der Gewerkschaftsbewegung, verkörpert sich diese Zusammenfassung der Kräfte. Es braucht an dieser Stelle nicht besonders betont zu werden, was für die Arbeiterschaft alles durch die gewerkschaftliche Organisation erreicht wurde. Die gewerkschaftlichen Erfolge reden dafür eine zu deutliche Sprache. Ganz natürlich ist es auch, daß diese Erfolge noch größer gewesen wären, sofern eine höhere Machtentfaltung der Gewerkschaften möglich gewesen wäre. Daß sie ermöglicht werde, liegt an uns selbst. Es müssen alle Kräfte, die sich der Gewerkschaftsbewegung noch entziehen, ihr zugeführt werden. Das kann und muß auch in der Kriegszeit geschehen. Wie der Feldherr alles daran setzt, die einmal errungene Position auch unter allen Umständen zu halten, so müssen auch wir im Verbands alles tun, unsere Stellung zu behaupten. Kein Mitglied darf uns durch Laune oder Kleinmütigkeit verloren gehen. Wo es doch der Fall ist, darf nichts unversucht gelassen werden, sie wiederzugewinnen. Wir kennen alle die Ausflüchte, die gemacht werden, um den Austritt aus dem Verbands zu begründen. Doch wir können sie nicht gelten lassen. Was würde man einem Soldaten sagen, der klagte, er könne den Feldzug nicht mitmachen, die Strapazen seien ihm zu groß? Hier entscheidet nur das eiserne „Muß“. Auch die zur Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft so notwendig, gewerkschaftliche Arbeit ist eiserne Notwendigkeit. Sie ist zur Wahrung der Interessen der Arbeiterschaft so notwendig, wie die gegenwärtige Kriegsarbeit unseres Heeres im Interesse des ganzen Volkes. Unsere Heeresmacht setzt alle Kräfte daran, unserem Volke einen günstigen Frieden und damit eine glückliche Zukunft zu erkämpfen. Darauf wollen auch wir unser Augenmerk richten. Drum müssen wir festhalten am Verbands und unentwegt weiterarbeiten an seiner Stärkung. Für diese Aufgabe gilt es alle Kräfte einzusetzen.

Wirtschaftliche Kriegsmassnahmen

bildeten in einer Reihe von Sitzungen den Beratungsgegenstand der Budgetkommission des preussischen Landtages. Es wurde beschlossen, an die Regierung das Ersuchen zu richten, die Ernährung des Volkes einschließlich des Heeres und der Marine nach den vorgeschlagenen Grundsätzen zu regeln.

Nach diesen Grundsätzen sollen

1. Die Kommunalverbände sowie Vereinigungen von

solchen als Selbstwirtschaftsverbände zugelassen und ihnen weitgehende Bewegungsfreiheit gelassen werden. An Stelle der Kriegsgetreidegesellschaft soll eine Reichsgetreidestelle treten, die der Aufsicht des Reichskanzlers unterstehen und aus zwei Abteilungen bestehen soll. Der Abteilung 1 sollen lediglich Verwaltungsaufgaben übertragen werden, dagegen der Abteilung 2 die Beschaffung des zur Volksernährung nötigen Brotgetreides und die Verwaltung und Aufzucht der Getreidebestände. Zur beirätlichen Mitwirkung bei Entscheidung grundsätzlicher und sonstiger wichtiger Fragen der Abteilung 2 soll ein Ausschuß eingesetzt werden, in dem Konsumenten und Produzenten gleichmäßig vertreten sind. Der preussische Staat soll als Vermittlungsstelle anerkannt werden. Die Beschlagnahme für den Staat soll in den Landkreisen durch den Landrat, in den kreisfreien Städten durch den Bürgermeister erfolgen.

2. Die Höchstpreise für Getreide, Mehl, Brot, Hülsenfrüchte, Futtermittel usw. so bemessen werden, daß ungerechtfertigte Gewinne des Handels, der verarbeitenden Gewerbe, der Bedarfs- und Ueberschuß-Kommunalverbände, sowie der Produzenten vermieden werden.

3. Die mit der Lebensmittelversorgung betrauten Stellen keinen Gewinn erzielen. Etwasige Ueberschüsse aber dem Reiche für Zwecke der Kriegsinvalidenfürsorge zugeführt werden. (Ziffer 4 behandelt den Pferdebedarf, den wir hier übergehen können.)

5. Maßnahmen für eine Verbilligung der Futtermittel getroffen werden, damit die Erzeugung von Fleisch nicht weiter verteuert wird. Die weiteren Vorschläge beziehen sich auf Lieferung von Futtermitteln, Gestellung von Kriegsgefangenen für kleine landwirtschaftlichen Betriebe, Verurlaubung von landwirtschaftlichen Arbeitern und die Verhütung von Wildschäden.

Sodann wird vorgeschlagen, zur Behebung der Verleuhtungsnot infolge des Petroleummangels in ausreichendem Maße Spiritus und Karbit zu angemessenem Preise zur Verfügung zu stellen, und Spiritus- und Karbitlampen und -Laternen in genügender Anzahl herstellen zu lassen. Ferner soll dafür gesorgt werden, daß die Kleinhandelspreise für Verbrauchszucker in ein angemessenes Verhältnis zu den festgesetzten Preisen der Raffinerien gebracht werden. Dem Handel soll die Einfuhr von Waren und Lebensmitteln möglichst belassen bleiben. Dem städtischen Grundbesitz soll durch Gewährung von Mietsunterstützungen in höherem Maße sowie durch Verlängerung der Zahlungsfrist auf Hypotheken und Grundschuld auf ein Jahr geholfen werden. Ferner soll ein neuer Wohnungsgesetzentwurf vorgelegt werden, durch den insbesondere der Bau von Kleinwohnungen gefördert wird.

Es handelt sich hier um eine Reihe wichtiger Vorschläge, die den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke das Durchhalten zu erleichtern. Sie decken sich zum größten Teil mit den Forderungen der christlich-nationalen Arbeiterschaft, wie sie letzthin noch auf der Konferenz in Essen am 13. Mai erhoben wurden. Das preussische Abgeordnetenhaus hat die Vorschläge in seiner Sitzung vom 24. Juni angenommen und es darf erwartet werden, daß die Regierung danach verfahren wird. Dann dürften die vielfachen Klagen und Beschwerden der breiten Volksschichten über ungerechtfertigte Preissteigerungen während des ersten Kriegsjahres erheblich vermindert, wenn nicht ganz beseitigt werden. Worauf es jetzt ankommt, ist, daß bald gehandelt wird.

Frauen als Wagenführer?

Der Krieg hat der Frauenarbeit überall Tür und Tor geöffnet. In Werkstätten, Fabriken, bei der Post, Eisenbahn, bei leichten und schweren Arbeiten werden heute zahllose Frauen beschäftigt. Kein Wunder, da das Gros der Männer im Felde steht. Auch bei der Straßenbahn, als Wagenwäscherin und Schaffnerin, hat sich die Frau bereits eingelebt. Anfangs zwar war es ein ungewohntes Bild, Frauen als Schaffnerinnen hantieren zu sehen. Doch heute nimmt man es schon fast als etwas Selbstverständliches hin. Wie die Dinge zurzeit liegen, erscheint es ja auch völlig ausgeschlossen, männliche Schaffner in genügender Anzahl zu erhalten.

Nun sind aber Bestrebungen im Gange, Frauen auch zum Dienst als Wagenführer heranzuziehen. Zwar befindet sich die Angelegenheit noch im Stadium der Erwägungen, aber es erscheint nicht ausgeschlossen, daß man es auch auf ernstliche Versuche ankommen läßt gemäß dem Sprichwort: „Probieren geht über Studieren.“ Das ist ein Grundsatz, gegen den man im allgemeinen nichts einwenden kann. Aber in dieser Frage erheben sich dagegen doch sehr erhebliche Bedenken. Es ist eine bekannte Tatsache, daß an das Geschick, die Nervenkraft und Geistesgegenwart der Straßenbahnführer große Anforderungen gestellt werden. Nicht alle Männer eignen sich zu diesem Dienst. Hat doch vor mehreren Jahren ein Inspektor der Kölner Straßenbahnen öffentlich geäußert: „Der Dienst eines Straßenbahnführers sei verantwortungsvoller, als der eines Lokomotivführers.“ Dem wird jeder, der die Verhältnisse zu beurteilen vermag, zustimmen können. Der Ausspruch hat auch unseres Wissens bisher keinerlei Widerspruch gefunden. So sehr nun auch die Eisenbahnverwaltung jetzt bemüht ist, Frauen in ihren Dienst zu ziehen, davon hat man bisher noch nicht gehört, daß sie sich mit dem Gedanken trüge, etwa Frauen als Lokomotivführer auszubilden und einzustellen. Gewiß ist zuzugeben, daß die Lokomotivführer im Meeresinteresse unentbehrlich sind, unentbehrlicher als die Straßenbahnführer, und deshalb ein Ersatz durch Frauen nicht in Frage kommt. Aber selbst, wenn das nicht der Fall wäre, würde die Eisenbahnverwaltung wohl nie dazu übergehen, Frauen für diesen Dienst zu verwenden, und zwar deshalb nicht, weil die Frau einem solchen Dienst nicht gewachsen ist.

Liegt die Sache bei der Straßenbahn denn günstiger? Doch nur insofern, als hier keine lange Lehrzeit erforderlich ist, sondern an Stelle einer mehrjährigen Ausbildung eine solche von mehreren Wochen genügt. Die Betriebsgefahren sind aber zweifellos die gleichen, eher noch höhere. Der ganze Straßenbahnverkehr wickelt sich auf verkehrsreichen, vielfach engen Straßen ab, Fuhrwerk und Passanten bilden ständige Hindernisse. Da heißt es, alle Kraft zusammennehmen, um Zusammenstöße und Unglücke zu vermeiden. Doch lassen sich solche nicht immer verhüten. Die erste Folge ist zumeist der Verlust der Stellung für den Führer. Dann folgt in derartigen Fällen ein Strafprozeß — nicht selten sogar auch noch ein Zivilprozeßverfahren. Mancher wackere Führer hat dieserhalb schon ins Gefängnis wandern müssen. Was das aber für das spätere Fortkommen bedeutet, ist allgemein bekannt. Sollen denn nun auch deutsche Frauen, die der Not der Stunde gehorchend, auf Erwerb ausgehen, solchen Gefahren ausgesetzt werden? Das muß im eigensten Interesse dieser Frauen und ihrer Familien vermieden werden. Ob die Verwendung von Frauen als Führerinnen im Betriebsinteresse liegt, mögen die Verwaltungen unter sich abmachen. Dabei mögen sie überlegen, ob sie die kostbaren, empfindlichen Motoren

Frauenhänden anvertrauen können, ohne befürchten zu müssen, daß sie bald zuschanden gefahren sind; wie sie weiterhin überlegen mögen, ob die für etwaige Unglücksfälle zu leistenden Schadenersatzansprüche nicht den ganzen Vorteil mehr als wett machen.

Aber auch im Interesse des fahrenden Publikums muß die Heranziehung von Frauen zu Wagenführern abgelehnt werden. Wer die Straßenbahn benützt, darf nicht der beständigen Gefahr ausgesetzt werden, zu verunglücken und vielleicht fürs ganze Leben verkrüppelt zu werden. Er muß vielmehr das Gefühl der Sicherheit haben, daß der Wagen von geübter und starker Hand geführt wird, die auch im Augenblick der Gefahr nicht versagt.

Wir wollen nicht bestreiten, daß sich einzelne fouragierete Frauenpersonen finden würden, die bereit wären, den Dienst als Wagenführer zu übernehmen, wie es ja auch welche gibt, die den Kraftwagen steuern. Aber das sind Ausnahmen, wie denn auch zwischen beiden ein großer Unterschied besteht, da die Letzteren diese Übung nur sportmäßig betreiben und meist auch mit Glücksgütern so reich gesegnet sind, daß sie die finanziellen Folgen etwaiger Unvorsichtigkeit leicht verschmerzen können. Der Straßenbahnführerdienst aber kann nicht sportmäßig betrieben werden. Hier handelt es sich um ernste und angespannteste Pflichterfüllung. Hier muß Tag für Tag eine bestimmte, vorgeschriebene Anzahl von Dienststunden geleistet werden. Da kann nicht nach Belieben gepaußt und geruht werden, vielmehr muß sich der Ordnung, dem festgesetzten Plane gefügt werden. Das alles trifft bei den weiblichen Autosportfahrerinnen nicht zu. Ein Vergleich mit diesen ist also völlig unzulässig. Mag man also auch mit den Schaffnerinnen noch so gute Erfahrungen gemacht haben, vor der Einstellung von Frauen als Wagenführerinnen muß auf das allerdringendste gewarnt werden.

Aus unseren Berufen.

Teuerungszulagen. Auf Grund der von unserem Verbands gemachten Eingaben wurden folgende Teuerungszulagen gewährt:

Willingen a. Donau. Für die städtischen Arbeiter täglich 30 Pfg., rückwirkend ab 1. April

Freising. Für die Arbeiter des Stadtbauamtes per Stunde 2 Pfennige.

Regensburg. Für ledige Arbeiter per Monat 3 Mark, für verheiratete bis zu 3 Kindern 5 Mark, bis 5 Kinder 6 Mark, bei 6 und mehr Kindern 7,50 Mark. Straßenbahner und Bedienstete bis 1800 Mark Monatsgehalt erhalten unter den gleichen Familienverhältnissen die gleichen Zulagen.

München. Die soziale Kommission beschloß einstimmig, bezüglich der Teuerungszulagen sich auf die von unserem Verbands gestellten Forderungen zu stellen. Da jedoch seitens des Gemeindebeamten-Verbandes Forderungen für die im Monatsgehalt stehenden Beamten und Magistratsbeamten gestellt wurden, wurde die Sache vertagt. Die Teuerungszulagen sollen ab 1. Juni nachbezahlt werden.

Rundschau.

Mit dem Eisernen Kreuze wegen besonderer Tapferkeit vor dem Feinde ausgezeichnet wurde unser Kollege Jean Wörriger, Köln. Unsern herzlichsten Glückwunsch!

Soweit uns bekannt, wurden bisher 29 Kollegen mit diesem Orden ausgezeichnet.

Feldpostbriefe.

Bei Reims, den 21. Juni 1915.

Meine lieben Kollegen!

Eine geraume Zeit ist verstrichen, seit ich Euch mehrere Briefe schrieb. Ihr müßt dies entschuldigen, da es auf die unaufhörlichen Kämpfe nördlich Arras, besonders an der Loretto-Höhe, zurückzuführen ist.

Wie Ihr wohl gelesen habt, haben sich hier Kämpfe abgepielt, wie sie, was Munitionsverschwendung, Erbitterung und Hartnäckigkeit anbelangt, wohl nicht zu viel zu verzeichnen sind. Der uns bekannt gewordene Erlaß des französischen Führers, die deutschen Truppen nicht nur aus einem Schützengraben heraus zu werfen, sondern mit Aufbietung aller verfügbaren Kraft endlich aus dem Lande hinauszutreiben und die Schreden des Krieges in deutsche Lande zu tragen, ließ schwere blutige Kämpfe ahnen. Am Sonntagmorgen des 9. Mai, als die Sonne noch nicht aufgegangen war, wurde unsere Kompagnie bereits zur Hilfeleistung nach der Loretto-Höhe und nördlich davon kommandiert. Der Anblick, der sich mir hier bot, wird meinem Gedächtnis nicht entgehen. Die Artillerieborbereitung der Franzosen war im Gange, währenddessen wir im furchtbarsten Granatenhagel durch die zum Teil schon zerstörten Laufgräben zur Stellung eilten, um die Verwundeten zurück zu schaffen. Unsern Weg mußten wir uns teilweise über Leichen bahnen, unter denen die Rothosen die Mehrzahl bildeten. Es war nämlich ein verlorener gegangener deutscher Graben, den unsere Braven, bewaffnet mit Handgranaten und Spaten, zurückerobert hatten. Als ich bis zum Nachmittage Zeuge dieses übermächtigen Artilleriefeuers gewesen war, bangte mich ein wahrscheinlicher Durchbruch der Franzosen, die in erster Linie auch ihre farbigen Messerhelden hatten. Bismliche Lücken hatte der Tod gerissen und mancher war verwundet. Ich zweifelte an einem erfolgreichen Widerstand. Doch wie täuschte ich mich. Als eine Artilleriepauze eintrat, griffen die Franzosen in dichten Kolonnen an. Während ich vorher geglaubt, stellenweise könnte keine Maus mehr am Leben sein, traten jetzt die übriggebliebenen an ihre Schießscharte. Mit Unterstützung unserer guten Artillerie wurden die anstürmenden Feinde fürchterlich empfangen und dahin geschickt, wo sie herkamen. Die herrlichen Worte des schönen Liedes: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein, fest steht und treu die Wacht am Rhein“, sind nicht leerer Schall. Viele haben in diesen Tagen die Wahrheit des Liedes mit ihrem Blute befestigt. Besonders hat auch das badische Armeekorps große Opfer gebracht und zahlreiche Beweise großen Heldennutes geliefert. Vielleicht wird in diesen Kämpfen noch manch einer unserer badischen Kollegen sein Leben gelassen haben. Auch unsere Sanitätskompagnie ist nicht unberührt geblieben. Wir beklagen 2 Tote und 15 Schwer- und Leichtverwundete. Ich selbst bin bald auch ein Todeskandidat gewesen. Als ich nachts bei tiefster Dunkelheit am 18. Mai von der Lorettohöhe kam mit einem Kameraden und 4 Soldaten, schlug kurz vor dem Dorfeingang Couches eine Granate zwischen uns ein. 2 Soldaten blieben tot, 2 wurden schwer verwundet, während uns andern 2 außer dem Schrecken nichts passierte. Bei dieser Gelegenheit stürzte ich und verletzte mir das Knie, wodurch ich 14 Tage Schonung bekam. Nunmehr befinde ich mich bei Reims. Außer von vielen Fliegen und Motten gibt es hier wenig zu berichten. Ruhe herrscht hier an der Front, die uns gut vonstatten kommt.

Die allgemeine Kriegslage ist erfreulicherweise recht gut zu nennen, trotz des Verrates unserer falschen Freunde.

Nun will ich für heute schließen, bemerke nur noch, daß es mir noch recht wohl ergeht und daß ich das Verbandsorgan stets pünktlich erhalten habe. Nun lebt wohl bis auf weiteres und seid alle recht herzlichst begrüßt von

Martin Faßbender, Karlsruhe.

Aus den Ortsgruppen.

Bonn. Im Oktober 1912, also vor zirka zweidreiviertel Jahren, wurde von seiten unserer Verbandsleitung eine Eingabe an die hiesige Stadtverwaltung gerichtet, die eine Reihe von Wünschen der städtischen Arbeiter und Straßenbahner enthielt. So u. a. Anträge auf Erhöhung der Löhne und Schaffung eines Lohntarifes, einheitliche Regelung der Arbeitszeit, Lieferung von Schutzkleidung und Schutzhüten, Gewährung von Urlaub, Fortzahlung des Lohnes bei Krankheit, Unfall und militärischen Übungen, Gewährung von Invaliden-, Witwen-, Waisen- und Sterbe-

geld, Errichtung von Arbeiterausschüssen für alle städtischen Betriebe, Vereinheitlichung der Arbeitsordnung usw. Ein Teil dieser Wünsche wurde im Laufe der letzten Jahre geregelt, so die Schaffung einer Invaliden-, Wittwen- und Waisenversorgung; Einführung einer Allgemeinen Arbeitsordnung, Zahlung von Zuschlägen für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, Errichtung von Arbeiterausschüssen, Urlaubsgewährung, usw. Die wichtige Frage der Neuregelung der Lohnordnung wurde immer wieder verschoben. Endlich, im Sommer 1914, sah man ernstlich auch an diese Frage heranzutreten zu wollen. Da brach dann der Weltkrieg aus und brachte eine nochmalige Verschiebung der für die städt. Arbeiter und Straßenbahner so wichtigen Angelegenheit mit sich. Die städt. Arbeiterschaft nahm diese abermalige Verzögerung hin, weil sie die Schwierigkeiten einsah, die der Erledigung dieser Frage momentan entgegenstanden.

Nachdem aber die Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel andauernd stiegen und es der Mehrzahl der städt. Arbeiter und Straßenbahner beim besten Willen nicht mehr möglich war, auch nur die allernotwendigsten Bedürfnisse für sich und ihre Familien zu befriedigen, beantragte unsere Verbandsleitung im Auftrage der städt. Arbeiter und Straßenbahner die Wahrung einer Feuerungszulage. Leider wurde eine solche nun nicht allen Arbeitern gewährt, trotzdem doch alleunter den teuren Preisverhältnissen leiden. Aus diesem Grunde und auch, um mal endlich die Härten und Ungleichheiten, die die bisherige Lohnordnung für manche Arbeiter mit sich bringt, zu beseitigen, beauftragte die städtische Arbeiterschaft unsere Verbandsleitung, die Neuregelung der Lohnordnung bei der hiesigen Stadtverwaltung anzuregen. Eine dahingehende Eingabe ist denn auch an die Stadtverwaltung abgegangen. In der Eingabe wurde zugleich beantragt, den städt. Arbeitern und Straßenbahnern wieder den Urlaub den allgemeinen Bestimmungen entsprechend zu gewähren. Wenn auch nach Ausbruch des Krieges die Arbeiterschaft im Interesse der Allgemeinheit auf ihren Urlaub verzichten mußte, so dürfte es doch jetzt, nachdem der Krieg schon über zehn Monate dauert und die Arbeiter und besonders auch die Straßenbahner über das normale Maß hinaus zum Dienst, also zur übermäßigen Anspannung ihrer Kräfte herangezogen wurden, an der Zeit sein, den Leuten im Interesse ihrer Gesundheit und Arbeitsfreudigkeit einige Tage Urlaub zu gewähren. Ein weiterer, sehr berechtigter Wunsch der Straßenbahner geht dahin, ihnen wieder, wie früher, den dritten freien Tag im Monate zu gewähren. Denn nur zwei freie Tage im Monate, wie sie jetzt gewährt werden, reichen durchaus nicht aus, um sich von dem hartnennen, verantwortungsvollen Dienst wieder so zu erholen, daß die notwendige Betriebssicherheit gewährleistet werden kann, um so weniger, als der durchschnittliche Tagesdienst als viel zu lang bezeichnet werden muß. Berechtigter Klage wird auch geführt, daß der dritte freie Tag, an dem Dienst geleistet werden muß, nicht vergütet wird. Ebenso hat man in diesem Jahre den Straßenbahnern die ihnen etatsmäßig zustehende, jährliche Lohnsteigerung nicht gewährt. Daß unter diesen Umständen manche städt. Arbeiter und besonders Straßenbahner sich nach anderer Arbeit umsehen, ist leicht verständlich. Und doch liegt es auch im Interesse der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft, sich auch während und nach der Kriegszeit eine tüchtige, zufriedene Arbeiterschaft zu erhalten. Hoffentlich werden denn auch die Vertreter der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft, die das notwendige soziale Verständnis den Arbeitern gegenüber bisher zeigten, die Unterstützung bei den übrigen maßgebenden Stellen finden, die die Erledigung der berechtigten Wünsche der Arbeiterschaft ermöglicht.

Würzburg. Eine gurbefuchte Mitgliederversammlung fand am 11. Juni statt. Gemeindebevollmächtigter, Arbeitersekretär Ströninger berichtete darin über die Verhandlungen, betreffend die Gewährung von Feuerungszulagen. (Die Höhe dieser Zulagen haben wir bereits in Nr. 13 bekanntgegeben.) Es sei nicht leicht gewesen, die gemachten Zugeständnisse zu erlangen. Angesichts der Kriegszeit sei es aber ein Erfolg, der in erster Linie dem Vorgehen des Verbandes zu danken sei.

Im Anschluß daran erläuterte der Vorsitzende, Kollege Lösch, den Wert des Verbandes für die städtischen Arbeiter. Als seine Hauptaufgabe betrachte er die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Ein Vergleich mit den früheren Verhältnissen zeige am besten, was der Verband auf diesem Gebiete im Laufe der Jahre geleistet hat. Aber auch die soziale und geistige Erhebung seiner Mitglieder habe er erfolgreich betrieben, wofür Kollege Lösch eine Reihe von Beispielen anführte. Er forderte darum die Kollegen auf, treu und fest zum Verbande zu stehen.

Kollegen!

Schickt das Verbandsorgan regelmäßig ins Feld. Die Krieger erwarten mit Ungeduld Nachrichten von der Heimat und wie es in ihrem Berufe aussieht.

Verbandsnachrichten.

Kollege **Eickmann** wurde am Montag, den 21. Juni bei seiner Bestellung zur Infanterie der Garde-Infanterie überwiesen und ist am Freitag, den 25. Juni, hierzu eingezogen worden.

Kollege **Dedenbach** mußte sich am Mittwoch, den 23. Juni stellen, wurde aber auf Grund einer dringenden Reklamation vorläufig nicht eingezogen.

Wir bitten die Ortsgruppenleitungen dringend, in der Abwicklung der Geschäfte mit der Zentrale mögliche Pünktlichkeit walten zu lassen.

Vom 1. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Birmasens, Münster, Rosenheim, Stuttgart (Gemeindefarbeiter).

Nicht abgerechnet haben bisher die Ortsgruppen Barmer, Düsseldorf Str., Guskirchen, Cleve, Mainz und Straubing.

Gedenktafel.



Gestorben ist der Kollege

Heinrich Bartges, Cleve.

Heinrich Munkel, Köln.

Franz Obermaier, Rosenheim.

Ehre ihrem Andenken!



Es starben den Heldentod für König und Vaterland unsere Mitglieder

Theodor Breidenbach

in Köln

gefallen in den Kämpfen bei Ripon.

Johann Goldbach

Köln

infolge eines Unglücksfalls zu Nennig

am 22. März.

Wir werden den tapferen Helden ein ehrendes Andenken bewahren.

Soweit uns bisher mitgeteilt ist, haben bereits 82 Kollegen ihre Pflichttreue mit dem Tode besiegelt. Wir werden den tapferen Helden ein ehrendes Andenken bewahren.

Redaktion und Verlag: B. Dedenbach, Köln, Denloerwall 9.
Druck: Köln-Chrenfelder Handelsdruckerei, Marast. 9.